



**Geschäftsführung  
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und  
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Mahmod

Telefon: (0221) 221 25001

Fax : (0221) 221 26565

E-Mail: midia.mahmod@stadt-koeln.de

Datum: 27.11.2018

**Auszug  
aus dem Beschlussprotokoll der Sitzung des Ausschusses  
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe /  
Internationales vom 17.09.2018**

**öffentlich**

**8.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemein-  
schaft Lesben, Schwule und Transgender - Aufwandsentschädigung  
und Sitzungsgeld  
AN/0983/2018**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die  
Grünen  
AN/1315/2018**

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, den TOP wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit TOP 4.1 zu behandeln.

MdR Dr. Krupp teilt für die SPD-Fraktion mit, dass ihr in diesem Zusammenhang die Betrachtung aller Gremien wichtig sei. Erstrebenswert wäre, hier fraktionsübergreifend einen breiten Konsens zu finden. Die SPD-Fraktion könne dem vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beitreten, sofern dort festgehalten wird, dass

**1.) die Prüfung bzw. die Aufarbeitung der Verwaltung bis Jahresende  
abgeschlossen ist und vorliegt**

**und**

**2.) sichergestellt ist, dass im Jahr 2019 bereits entsprechende Haus-  
hausmittel vorhanden sind, um den Beschluss auch direkt umsetzen  
zu können.**

MdR Richter bestätigt, dass ein breiter demokratischer Konsens bei diesem grundlegenden Thema überaus erstrebenswert ist. Die von MdR Dr. Krupp vorgeschlagenen

Aspekte könnten gerne mitaufgenommen werden. Die Aufbereitung der Verwaltung sollte demnach dann zur AVR-Sitzung am 10.12.2018 vorliegen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller sagt die Aufarbeitung der Verwaltung bis Jahresende zu. Ob Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, sei letztendlich eine Frage, die der Rat beantworten muss. Die Größenordnung werde in der vorliegenden Mitteilung TOP 4.1 dargelegt.

Der Vorsitzende lässt den Ausschuss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen mit den beiden Ergänzungen der SPD-Fraktion abstimmen:

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt einen Vorschlag zu entwickeln, wie zukünftig Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder von Gremienmitgliedern (analog Vorlage 1724/2018) in der Stadt Köln gestaltet werden können. Dabei sollen verschiedene Modelle dargestellt werden, die nachvollziehbar auch eine unterschiedliche Gestaltung von Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern für diese Gremien ermöglicht. Der zusätzliche Aufwand für den Stadthaushalt pro Haushaltsjahr für die neuen Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder ist darzustellen.

*Die Prüfung bzw. die Aufarbeitung der Verwaltung ist bis Jahresende abgeschlossen und liegt vor.*

*Es wird sichergestellt, dass im Jahr 2019 bereits entsprechende Haushaltsmittel vorhanden sind, um den Beschluss auch direkt umsetzen zu können.*

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.